

**Kirchs-Arbeitsamt**  
Neuenbürg.  
Haus Zimmer Nr. 8.  
Telefon Nr. 53.  
**Wir suchen:**  
mehrere tüchtige Feinme-  
ler nach auswärts, 1  
Schweizer, einige Stein-  
er, 2 Geschirrspüler, 4  
Hausdiener, 2 Kaffee-  
beischläger, 3 Saal-  
er, 2 perf. Bäckerinnen,  
Personalhelfin, sowie eine  
Hilfs- u. Zimmer- und  
Küchenmädchen für Jahrs-  
sommerstellung.

**Bauhütte.**  
Freitag, 1. März, abds.  
8 Uhr, „Schumacher“.

**Plankuch & Co.**  
Goeben eingetroffen:  
**Frische  
Lebentische**  
und  
**Stad-Brot**  
Pfund 35 Pf.  
**Plankuch & Co.**  
Neuenbürg, Tel. 70.

**Ottenshausen.**  
Eine  
**Ruh**  
samt Kalb,  
Milchkuh, hat zu ver-  
kaufen.  
Fr. Ott.  
Brot  
Ziege  
lacht mit  
gen oder bald lammend.  
gung an die „Enztäler“  
Hilfsstelle.

**Mund tut laben,  
"aus Schwaben!"**  
bringt die  
Hühner a. Z.  
vorzügliches  
**= Bier**  
jahrens=  
elbock"  
besten auswärtigen  
ebenbürtig und  
ger ist.  
nehmen entgegen:  
Neuenbürg,  
Unterreichenbach.

**Bezugspreis:**  
Halbmonatlich 12 Neuenbürg  
80 Neuenbürg. Durch die  
Post im Orts- u. Ortsamt  
verkauft, sowie im sonstigen  
Inland. Verleger 80 Halb-  
pennig u. Postbefreiung.  
Preis freibleibend,  
Nachlieferung vorbehalten.  
Preis einer Nummer 10 Halb-  
pennig.  
In Fällen von abgesetzter Be-  
weilt besteht kein Anspruch  
auf Lieferung der Zeitung  
oder auf Rückerstattung des  
Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle  
Poststellen, in Neuenbürg  
außerdem die Zusteller  
jederzeit entgegen.  
Strofonto Nr. 24 bei der  
D. W.-Sparda-Bank Neuenbürg

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.  
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mecklen'schen Buchdruckerei (Chefred. D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 51.

Neuenbürg, Freitag, den 29. Februar 1924.

82. Jahrgang.

## Deutschland.

**Stuttgart, 28. Febr.** Die evangelische Kirchenregierung hat eine Vollzugsverordnung erlassen, wonach sie sich am 1. April auflöst und die Evang. Oberkirchenbehörde (Konsistorium und Synodus) in den Oberkirchenrat übergeht. Der Landeskirchenrat muß so rechtzeitig gewählt werden, daß er spätestens bis zum Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten des neuen Kirchengesetzes erstmals zusammentritt. Der neue Kirchenpräsident hat folgendes Gelübde abzulegen: Ich gelobe vor Gott, daß ich bei meinem Amt als Kirchenpräsident in Treue gegen das Evangelium, wie es in der hl. Schrift gegeben und in den Bekenntnissen der Reformation bezeugt ist, die Ehre Gottes und das Heil der Seelen unverrückt im Auge behalte, die kirchlichen Gesetze und Bestimmungen gewissenhaft wahren und das Wohl der evangelischen Kirche nach besten Wissen suchen und fördern werde.

**Berlin, 28. Febr.** Die gestrigen Vorgänge im Dittler-Prozess, vornehmlich soweit sie Ehrhardt betreffen, veranlassen den „Vorwärts“ zu der Anregung, der Reichspräsident möge im Reichstag darüber Auskunft geben, welche Dinge und welche Beziehungen es sind, die sogar dem Weimarer Volksgericht so bedenklich erscheinen, daß sie nicht in öffentlicher Gerichtsverhandlung erörtert werden können.

**Berlin, 28. Febr.** Nach Berliner Blättern soll die Regierung beabsichtigen, auf 1. März eine Art von zivilem Ausnahmezustand für die Übergangszeit zu schaffen. — Die Notverordnung, nach der die Reichsminister auf die Kriegs- und Vorkriegszeit gegen das Reich den ordentlichen Gerichten entzogen und einer vom Reichsfinanzministerium bestellten Kommission übertragen worden, ist dem „Volksanzeiger“ zufolge, vom Plenum des Reichstages in Leipzig jetzt in vollem Umfang als gültig erklärt worden. Die Gültigkeit war durch eine ganze Reihe von Gerichtsurteilen beinahe vollständig angezweifelt worden.

## Evang. Landeskirchenversammlung.

Am Mittwoch wurde zunächst die Beratung über die Abänderungsverordnung betr. der Kirche zum Abschluß gebracht. Abg. Weiger erinnert an den wesentlichen Inhalt, der schon bisher in den Anfängen der Inneren Mission durchgeführt worden ist und die Entlastung, die dadurch dem Staat zugute gekommen ist. Die Oberwürdigkeit der Bevölkerung sei groß, dürfte aber nicht überfordert werden. Die Ausnutzung des Reichsgerichts würde sehr lange Zeit in Anspruch nehmen. Oberkonsistorialrat Dr. Müller: Die „Gesellschaftsreform“ der letzten Jahre ist nur ein unzulänglicher Ausgleich für den sinkenden Geldwert gewesen. Bei der Verfassung 1919 bestand die Pflicht, die bestehenden Bedürfnisse der Kirche durch die auszuwertende Rente zu befriedigen, so daß die Landeskirchenvereine hauptsächlich für neuentstehende Bedürfnisse zu verwenden wären. Das, was jetzt der Kirche zugewendet werden soll, entspricht der Rechtslage nicht, die Oberkirchenbehörde hat sich von Anfang an dem entgegengelehrt, kann aber nur Erfolg haben, wenn das evang. Volk hinter ihr steht. Abg. Gellhaar spricht als Landtagsabgeordneter die Überzeugung aus, daß eine gute Verhandlung der Kirche auch dem wohlverstandenen Interesse des Staates entspreche. Abg. D. Traub erklärt zum Abbau, der Staat sei freilich in großer Not, aber es müsse jedenfalls dafür gesorgt werden, daß die Zwischenschaltungen nicht Gewohnheitsrecht werden. Die Übernahme von ein Drittel der Staatslasten auf die Kirche sei unmöglich; das staatliche Kirchenrecht bedeute einen wesentlichen Schritt vorwärts. Die Worte des Staatspräsidenten, worin er die Hoffnung auf ein friedliches Verhältnis zwischen Staat und Kirche ausspreche, sollen ein kräftiges Echo finden. Weiter wünscht er, daß die Zwangsmittel des Staates zur Vertreibung von Kirchensteuern womöglich nicht angewendet werden sollen, bedauert die Verweigerung juristischer Personen für Kirchenbauten, betont, daß die Kirche jeden Schritt vollkommener Parteivollstreckung vermeiden möchte, und hebt sich darnach, daß in der Kirchenversammlung weniger über Geld und Rechtsfragen und mehr über Dinge, die dem inneren Aufbau der Kirche dienen, geredet werde. Abg. Krieger als Abgeordneter aus dem Volk erkennt rückhaltlos an, wie die Kirchenbehörde, hinter der das ev. Volk geschwiegen habe, ihre Sache geführt habe. Wir brauchen eine lebendige Kirche, wollen kein evang. Zentrum, sondern wünschen, daß in jeder Partei sich Christen befinden, die für ihre Kirche eintreten. Abg. Köster hofft, daß die neuere Konfessionierung des Reichstages den Innern die Brücke zur Verständigung mit dem Staat bilden könne. Nach einem Schlusswort des Berichterstatters Krieger wird die vom Kirchenrechtlichen Ausschuss vorgeschlagene Erklärung betr. der Abänderungsverordnung einstimmig angenommen, die im wesentlichen folgendes bringt: Die evang. Landeskirchenversammlung ist bereit, um ihren Teil dazu beizutragen, daß die Kirche möglichst sparsamkeit übt aber die Zahl der geistlichen Stellen hat seit der Vorkriegszeit so gut wie keine Vermehrung erfahren, während die kirchliche Arbeit insbesondere durch Übertragung von Religionsunterricht an den staatlichen Schulen erheblich gewachsen ist. In den Städten reichen die vorhandenen Kräfte zur Bewältigung der Aufgaben nicht mehr aus. Es werden im Kirchenrat nur einige Verschleibungen möglich sein, aber keine Vergrößerung der Gesamtzahl von Kirchenstellen. Andersfalls würde die kirchliche Arbeit an anderem Volke, die heute nötiger ist als je, scheitern. Die Staatsleistungen sind jetzt erheblich geringer als vor dem Krieg, während das evang. Volk dem Staat verbleibt. Trotzdem erbebt die Landeskirchenversammlung keine Einwendung dagegen, daß die Oberkirchenbehörde in die angeregten Verhandlungen über eine weitere Kürzung der Staatsleistungen eintritt, dabei ist jedoch das Recht zu berücksichtigen, in dem der Staat an seinen eigenen Personalausgaben wirkliche Ersparnisse macht, und ist die Kürzung auf die Zeit

der Abbaumaßregeln zu beschränken. Im übrigen betrachtet es die Landeskirchenversammlung als eine durch das Ermächtigungsgesetz in keiner Weise berührte Pflicht des Staates, die Rechte der Kirche gemäß der Reichs- und Landesgesetzgebung zu wahren. Es muß nachdrücklich daran festgehalten werden, daß entsprechend der Verfassung der Kirche eine Rente nach den bestehenden Bedürfnissen auszuweisen ist und die Fragen, die sich an das Kirchengut knüpfen, erledigt bleiben. Auch muß für die Bewältigung einer Regelung der Befoldungs- und Pensionsfragen verlangt werden, die die Staatsleistungen entsprechend der Verfassung gewährleistet, und die ordnungsmäßige Aufstellung eines kirchlichen Haushaltsplanes ermöglicht. Die Landeskirchenversammlung erhebt hierauf auch rechtliche und tatsächlichen Gründen gegen die von staatlicher Seite in Aussicht gestellte Aufhebung eines Mittels für Gehalts- und Pensionsleistungen an die Kirche entschieden Einspruch. Die Kirchenregierung soll ermächtigt werden, bis zum erneuten Zusammentritt der Landeskirchenversammlung vorläufig den Steuerertrag festzusetzen, da infolge der letzten Verabschiedung des staatlichen Kirchengesetzes die Feststellung des Haushaltsplanes jetzt nicht möglich ist, Steuermittel aber so reich als möglich beschafft werden sollen. Der Berichterstatter Hartenstein empfiehlt den Entwurf, die Abgeordneten Köster und Krieger erklären trotz mancher Bedenken die Zustimmung der beiden Gruppen. § 1 des Gesetzes wird angenommen mit einer Erklärung des Abg. Keiff und Genossen, daß die Kirchensteuer so angelegt werden möge, daß auch Mittel für dringende kirchliche Bedürfnisse der Gegenwart verfügbar werden und dahingehende Anträge des Kirchenrats nicht zum voraus unmöglich seien. Nachdem noch Hartenstein auf die Kritik der aus dem Kirchenrat stehenden Missionare hingewiesen hatte und Konsistorialpräsident v. Saller eine möglichst rücksichtsvolle Behandlung derselben zugesagt hatte, wird die Beratung abgebrochen. Donnerstag 9 Uhr wird die Wahl des Kirchenpräsidenten in nicht öffentlicher Sitzung vorgenommen.

## Demokratische Kritik an der geplanten Hypotheken-Aufwertung.

In einer sehr gut besuchten Versammlung der Deutschen demokratischen Partei im Bürgermuseum in Stuttgart am letzten Montag erstattete Rechtsanwalt Dr. S. Erlanger einen ausführlichen Bericht über die nummehrige Gestaltung der Aufwertung von Hypotheken u. a. Vermögensanlagen in der 3. Steuernotverordnung. In der lebhaften Debatte kam die Nebermittlung der Ammelnden mit den Ausführungen des Berichterstatters zum Ausdruck und die Versammlung fasste zum Schluß einstimmig eine Entschließung dahin, die den Reichstagsabgeordneten der Partei übermitteln werden soll: Die Verammlung der Deutschen demokratischen Partei in Stuttgart vom 25. Februar 1924 hält die schematische 15prozentige Aufwertung der Vermögensanlagen in der Steuernotverordnung vom 14. Februar vielfach für ungenügend, die Verschlebung der Bezahlung des aufgewerteten Betrags bis nach dem 1. Januar 1930 für unzulässig, das Verbot der Verzinsung und Einlösung von Reichs-, Staats- und Gemeindeforderungen bis nach Erledigung sämtlicher Reparationsverpflichtungen für zu weitgehend und das Verbot der Rückzahlung der Aufwertung für die im letzten Jahre beendeten Hypotheken und Schuldverschreibungen vielfach für unbillig. Sie verlangt, daß durch Reichsgesetz das Problem der Aufwertung entsprechend dem Urteil des Reichsgerichts vom 24. November 1923 nach dem Grundsatze von Treu und Glauben im Verkehr und unter billiger Berücksichtigung der Interessen von Gläubigern und Schuldner geregelt wird.

## Kradestlen zum Dittlerprozeß.

Frau Janna — um nicht ein scharfes Wort zu gebrauchen — ist am Werke, um allerhand unsinnige und für den vernünftigen Menschen ungläubliche Gerüchte anlässlich des Dittler-Prozesses zu verbreiten. Es wird, um nur ein ganz trasses Beispiel zu erwähnen, behauptet, daß schon jetzt Staatsamtsleiter, Vorsitzender des Reichsgerichts, und Dittler über den ganzen Gang des Prozesses und sein Ende sich vollkommen im Klaren seien und sich verständigt haben. So unernst und beleidigend für die deutsche Justiz dieses Gerücht ist, so wird es doch geplaudert und wird absichtlich und geflissentlich von Mund zu Mund weiter erzählt und von Ohr zu Ohr weiter getragen. Selbstverständlich ist auch nicht eine Silbe an diesem Gerücht wahr.

## Die „Milderung“ der Militärstrafen.

Der „Daily Telegraph“ bestätigt jetzt die Meldung, daß die englische Note über die Militärstrafen vorschläge, die Militärkommission durch einen kleinen Ausschuss zu erörtern, welcher binnen einer Woche den Ausschuss zu vereinbarenden Frist die Kontrollkommission abzuschließen hätte und dann einer Bewusstseinsprüfung Deutschlands durch den Völkerbund Platz machte. Voraussetzung für die Einsetzung dieses kleinen Ausschusses sei die Annahme von fünf Bedingungen durch die deutsche Regierung: 1. Die Umwandlung von Munitionsfabriken für Friedensproduktion ist in kurzer Zeit zu vollenden. 2. Die Ablieferung von Kriegsmaterial ist vollständig durchzuführen. 3. Eine vollständige Statistik über das in Deutschland vorhandene Kriegsmaterial ist aufzustellen. 4. Ein- und Ausfuhr von Waffen von und nach Deutschland ist zu verhindern. Die Regierung hat die genaue Beschaffenheit des Friedensvertrages zu beachten, sowie die Trennung zwischen Reichswehr und Polizei genau durchzuführen. 5. Der neuen kleinen internationalen Kommission ist jede Möglichkeit zu geben, ihre Tätigkeit ohne jede Behinderung auszuüben. Es braucht deutschen Lesern nicht noch erst gesagt zu werden, daß auch in dieser Hinsicht der englische Antrag dem General Dittler Straß widersprechen würde. Keine deutsche Regierung wird auf die durch eine derartige „Milderung“ des bisherigen, nebstbei gleichfalls rechtswidrigen Zustands eingehen können.

## Ausland.

### Deutsche Gefangene nach der französischen Verbrecherinsel Rev verschleppt.

Der „Petit Parisien“ hat Mittwoch vormittag unter Berufung auf eine ihm von zuständiger Stelle gegebene Mitteilung behauptet, daß in dem Deportationshause auf der Insel Re sich keine von französischen Kriegsgerichten verurteilten Deutschen befänden. Diese Behauptung ist eine Fälschung der Wahrheit. Tatsächlich sind in diesem Hause etwa 30 Deutsche, darunter höhere Beamte und Kaufleute, eingesperrt. Ihre Behandlung bricht den elementarsten Gesetzen der Menschlichkeit. Obwohl sie zum weitaus größten Teil wegen politischer Verbrechen verurteilt sind, sind sie durchweg mit gemeinen französischen Verbrechern zusammengesperrt. Um die festliche Bein der deutschen Gefangenen zu erhöhen, hat man sie kreuz und quer geschoben. Die von deutscher Seite zur Verbesserung des Schicksals der Gefangenen eingeleiteten Verhandlungen haben bisher nur ganz geringfügige Ergebnisse zu erzielen vermocht.

### Würtemberg.

**Stuttgart, 28. Febr.** (Kommunisten vor Gericht.) Bei dem Untermacher Adolf Schäfer und dem Werkzeugmacher Heinrich Fiegler wurde Ende vorigen Jahres in der Nähe von Eßlingen 260 Schuss Maschinengewehr-Munition gefunden. Schäfer und Fiegler waren Mitglieder der KPD. Die Strafkammer 2 verurteilte beide zu je 10 Monaten Gefängnis.

**Stuttgart, 28. Febr.** (Kleberverbot.) Ab Freitag wird der Preis für Schmelzblech von 1,10 Mark auf 1 Mark herabgesetzt, während sich Kalblech von 65 auf 60 Pf. erhöht.

**Vöhringen, 28. Febr.** (Verbot eines Vaterländischen Abends.) Ein hier geplanter vaterländischer Abend wurde vom Oberamtmann verboten mit der Begründung, es seien sechs Kommunisten aus Oberamt gekommen und hätten erklärt, sie würden einen vaterländischen Abend nicht haben und wenn er nicht verboten würde, so würden sie die Versammlung mit Gewalt sprengen.

**Waldsee, 28. Febr.** (Das Ende eines Riesen.) Ein Riesenstamm einer Tanne mit der respectable Länge von 28 Metern und einem Durchmesser von 1,10 Metern am Busse wurde, auf zwei Schritten verladen, vom Waldteil Lammensbühl durch unsere Stadt geführt. Der Stamm wog einen Kubikfuß von 10,7 Hektometer auf und wird im Oberbairischen Sägewerk hier bearbeitet werden.

**Kalen, 28. Febr.** (Opfer des Berns.) Auf tragische Weise kam der bei der Rheinelektro als Monteur angestellte, 29 Jahre alte, ledige Albert Deller, Sohn der Lokomotivführerswitwe Deller hier, als Opfer seines Berufs in Triefenbach Ob. Graubühl um Leben. Dort für seine Firma tätig, befand er sich auf einem elektrischen Leitungsmast, als der Strom eingeschaltet wurde und er herabstürzte, wobei er einen Schädelbruch erlitt, was den alsbaldigen Tod herbeiführte.

Der württembergische Weinertrag 1923. Die im Ertrag lebende Weinbaufläche betrug im Jahre 1923 10 621 Hektar gegen 10 889 Hektar im Jahre 1922, demnach um 268 Hektar weniger. Weinbaugemeinden waren es 345 (350). Insgesamt wurden rund 134 900 Hektoliter oder von 1 Hektar 12,6 Hektoliter geerntet, das ist nur wenig mehr als der dritte Teil des 1922er Hektarertrags von 36 500 Hektoliter und der vierte Teil eines Hektarertrags, der zu etwa 50 Hektoliter auf das Hektar angenommen werden kann. Der 1923er Ertrag gehört der Menge nach zu den schlechtesten in den letzten 10 Jahren; nur in den Jahren 1913, 1914, 1916 wurden wesentlich geringere Erträge erzielt. Von den 8 größeren Weinbaubezirken weist diesmal den höchsten Ertrag die Bodenseegegend auf mit 19 041 Hektoliter auf 1 Hektar; es folgen das Habergau mit 15,7 Hektoliter, das Remstal mit 14,95 Hektoliter, das unere Redartal mit 13,62 Hektoliter, das obere Redartal mit 11,30 Hektoliter, das Enztal mit 8,70 Hektoliter, das Kocher- u. Jagsttal mit 6,73 Hektoliter und an letzter Stelle steht wie schon seit einer Reihe von Jahren der Tauberggau mit nur 3,39 Hektoliter auf 1 Hektar. Verschiedene Weinbaugemeinden hatten „Mildserbste“ mit Hektarerträgen von 20–30 Hektoliter und sogar darüber (bis zu 34 Hektoliter) zu verzeichnen. Die Qualität des geernteten Weines darf im allgemeinen als mittel bis gut bezeichnet werden; die besseren Weine kamen dem ganzen Jahrgang 1915 nahezu gleich. Von dem gesamten Weinertrag mit 134 900 Hektoliter wurden unter der Keller- oder überhaupt während des Herbstes 2269 Hektoliter gleich 16,8 Prozent verkauft. Ein so geringer Kellerverkauf ist in dem nahezu 10-jährigen Zeitraum, seit dem namentlich die Statistik des Weinertrags geführt wird, noch niemals dagewesen; im Jahre 1922 betrug er 71 Prozent, im Mittel der 10 Jahre 1912 bis 1921 77 Prozent; der Gesamtverlust. Die Preisbildung war durchaus unübersichtlich. Im allgemeinen kann angenommen werden, daß, soweit Berechnung in Goldmark erfolgte, der Durchschnittspreis im Landesmittel ungefähr 75 Mark für 1 Hektoliter betrug (gegen 65 Mark im Durchschnitt der letzten 10 Vorkriegsjahre 1904 bis 1913). Auf dieser Grundlage würde die Gesamtmenge des Jahres 1923 einen Gesamtgelbwert von 10 100 000 Goldmark barhalten oder auf 1 Hektar 956 Goldmark gegen 824 075 Mark oder auf 1 Hektar 866 Mark im Durchschnitt der letzten 10 Vorkriegsjahre 1904 bis 1913.

### Baden.

**Wörzheim, 28. Febr.** Der Fleischverbrauch ist hier von 175 000 Kilogramm im Dezember 1923 auf 260 000 Kilogramm im Januar 1924 gestiegen. Der größte Teil des Schlachtwiechs wurde von den Viehmärkten in Stuttgart bezogen. Da die Transporte nichtwärt, blieb nicht mehr über Stuttgart zu leiten werden brauchen, wird die Stadt Wörzheim zum 1. März ab eigene Schlachtleistmühle einführen. Sie hat die auf dem



Gelände des neuen Schlachthofes erstellte Markthalle für die Aufnahme eines Großvieh- und Kleinviehmarktes eingerichtet.

Die Prozesse in Waldsbut.

Ein weiterer Aufreißprozeß beschäftigte die Strafkammer in Waldsbut. Angeklagt waren diesmal 12 Personen, darunter als Händelführer der Wägbare frühere Doubsienr und nachmalige Schlosser Josef Weber aus Wehr, der am 17. September mit seinen Anhängern eine Stilllegung der industriellen Betriebe in Wehr und Umgebung erzwang, wobei er den Direktoren der Fabriken drohte, wenn sie nicht freiwillig sich zu den Lohnverhandlungen in Schopfheim einließen, würden sie mit Gewalt dahin gebracht werden.

Bermischtes.

1000 Jahre Christentum. Die Provinz Vommern feiert in diesem Jahre das 1000jährige Jubiläum ihrer Christianisierung. Die denkwürdige Feier wird verbunden mit dem 1000jährigen Jubiläum der in Vommern eingewanderten Berliner Missionsgesellschaft.

Ein Missetat. Die Mutter des im Weltkrieg gebliebenen deutschen Fliegeres Jannemann hat durch Vermögensverlust in Düsseldorf bei Hirsch eingekauft und befindet sich jetzt in großer Not. Es wird öffentlich zu Gaben aufgefordert, um Frau Jannemann wieder zu ihrem Heim zu verhelfen.

Vorjahr Lebensmittelpreise. Basis hat jetzt folgende Lebensmittelpreise: Butter (1 Kilo) 22,40 Fr., Weizenmehl (1 Kilo) 2,70 Fr., Reis (1 Kilo) 1,30 Fr., bestes Rindfleisch (1 Kilo) 16 Fr., Schweinefleisch (1 Kilo) 12 Fr. Der Franken sank gestern abermals. Das Pfund Sterling liegt gestern wieder auf 102 1/2.

Todessturz vom Turm der Kathedrale. Ein entsetzliches Drama, dessen Ursache man noch nicht kennt, hat sich in London an der Kathedrale von Westminster abgespielt. Eine Frau, die man für eine Irinländerin hält, hat sich, begleitet von einem fünfjährigen Mädchen und einem etwa siebenjährigen Knaben, von der höchsten Plattform des Turms aus einer Höhe von etwa 75 Meter heruntergeworfen. Die drei Personen waren auf der Stelle tot.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 28. Febr. (Landesproduktendörse). Auf dem Getreidemarkt sind keine Veränderungen zu verzeichnen, die Stimmung bleibt fest, bei kleinem Geschäft. Es notieren je 100 Kilo: Weizen 20,25-20,75 (am 25. Februar: 20,25-20,75), Sommergerste 21,50 bis 22,50 (21-22), Roggen 17,50-18 (18-18,50), Hafer 14-14,50 (am), Weizenmehl 30,25-31,25 (am), Brotmehl 27,35-28,25 (am), Kleie 9-9,50 (am), Weizenroh 8-8,50 (am), Kleie 9 bis 10 (am), braungeröstetes Stroh 5,50-6 (am).

Stuttgart, 28. Febr. Dem Donnerstagmarkt am Berg- und Schlachthof waren zugeführt: 179 Ochsen, 200 Jungbullen (unverkauft 50), 218 Jungkinder, 158 Kühe, 542 Kälber, 603 (50) Schweine, 47 Schafe. Erlös aus je 1 Pfund Lebensgewicht in Goldpf.: Ochsen 1, 33-36 (35-38), 2, 24-30 (25-31), Bullen 1, 28-31 (31-33), 2, 21-26 (23-29), Jungkinder 1, 36-40 (30-42), 2, 32-35 (34-37), 3, 28-29 (24-30), Kühe 1, 26-31 (27-32), 2, 19-24 (20-24), 3, 11-16 (12-16), Kälber 1, 53-55 (53-56), 2, 47-51 (48-52), 3, 35-45 (40-48), Schweine 1, 65-70 (71-73), 2, 62-64 (63-66), 3, 50-58 (58-63). Verkauf des Marktes: drei Kälber lebend, sonst langsam. Ueberhand in Großvieh und Schweinen.

Balingen, 27. Febr. Zugesührt wurden 22 Farren, Preis 650 bis 800 Mark; 62 Ochsen und Stiere (1/2-1/3-jährig), Preis 90 bis 180 Mk.; 1-1/2-jährig 200-260; Jungochsen das Paar 600-850, fette Ochsen ein Stück 550-680; 70 Kühe, Preis 220-300; 109 Kälbinen, Preis 320-580; 145 Stück Jungvieh Preis (1/2-1/3-jährig) 85-140, (1/4-1/2-jährig) 190-220 Mark. Der Schweinemarkt war mit 108 Mischschweinen besetzt. Der Handel war klein, ein kleiner Rest blieb unverkauft. Preis für ein Mischschwein 32 Mark.

Fruchtpreise. Giengen a. Br. Weizen 10,50-12,50, Roggen 11, Gerste 10-11,50, Hafer 7-8,20, Erbsen 14, Ackerbohnen 9 bis 10 Mk. je pro Str. - Ebingen: Hafer 7,70-7,80, Weizen 11 bis 12, Gerste 10 Mk. pro Str. - Lauringen: Weizen 12,10, Roggen 10, Gerste 11,80, Hafer 7,50, Ackerbohnen 10 Mk. - Rüdlingen: Weizen 10,80, Roggen 11,20, Gerste 11,20, Hafer 8, Bohnen 9, Weizen 14 Mk. pro Str. - Heidenheim: Weizen 11,80-12,50, Gerste 10,50-11, Hafer 7,80-9, Roggen 11, Erbsen 17 Mark pro Zentner. - Heuch: Roggen 9,50, Weizen 11, Dinkel 8-8,50, Roggen 9, Gerste 8-9, Hafer 7,20-8 Mark.

Vom Markt, Brennholzmarkt. In der Zeit vom 9.-15. Februar wurden auf Grund der Verfügung der Brennholznotstandsverwaltung aus württ. Staatsabgaben an Gemeinden 16700 Km. freihändig verkauft. Der Erlös stellte sich durchschnittlich auf 147 Prozent der Bezugsgrundpreise bezw. des Aufschlags. Der Erlös für Brennholz im Ganzen, also einschließlich des im Auftrieb verkauften Brennholzes, im Durchschnitt am 9. bis 15. Februar betrug sich auf 150 Prozent der Bezugsgrundpreise bezw. des Aufschlags. Der Mindestpreis für schönes Brennholz in günstiger Abfuhrlage beträgt 130 Prozent, der Mindestpreis für geringes Brennholz in ungünstiger Abfuhrlage beträgt 90 Prozent der Bezugsgrundpreise bezw. des Aufschlags. Die Höchstpreise sollen in der Regel die Mindestpreise um nicht mehr als 50 Prozent übersteigen, also höchstens 180 bezw. 130 Prozent betragen.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 28. Februar. Die Landeskirchenversammlung wählte Predigt Dr. von Metz mit 72 von 85 Stimmen zum Kirchenpräsidenten.

München, 28. Febr. Finanzminister Dr. Krausnick hat sich zu den Verhandlungen der Finanzminister der Länder nach Berlin begeben. Der Bischof von Regensburg hat den Geistlichen seiner Diözese verboten, sich als Kandidaten für die Reichstags- oder Landtagswahlen zu lassen.

Ludwigshafen, 28. Febr. Die Wahlen zum bayerischen Landtag in der Pfalz werden an dem für das rechtsrheinische Bayern festgesetzten Termin, den 6. April, nicht stattfinden können, weil bisher wegen der Verhältnisse in der Pfalz keinerlei Wahlvorbereitungen möglich waren. Die bayerische Regierung ist durch die Reichsregierung bei der Rheinlandkommission vorstellig geworden, die Landtagswahlen in der Pfalz zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden zu lassen.

Berlin, 28. Febr. In der Rüstungsindustrie ist heute die technische Notlage eingestiegen worden und zwar in der Reichswehr Weismühle. Die Arbeiter sind mit dem Ausbleiben des fruchtbarsten Getreides auf dem Boden der Mühle, sowie mit dem Ausbleiben von Eisenbahnwaggons beschäftigt, deren Betriebseinstellung bereits Schmelze angeht hat. Einer Witterungsmeldung aus Breslau zufolge, hat die Arbeitslosigkeit, die zu Anfang dieses Jahres dort noch etwa 40000 Arbeiter umfaßte, zur Zeit eine Verringerung bis auf rund 20000 Erwerbslose angenommen. Die Kurzarbeit hat fast gänzlich aufgehört.

Hamburg, 28. Febr. Durch Schließung der Werften sind, den Blättern zufolge, 25 bis 30000 Arbeiter erwerbslos geworden.

Paris, 28. Febr. Das Komitee Dames hatte heute vormittag seine angekündigte Besprechung mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes, Sir Arundel Salter, der seinen Ausführungen den schließlichen Bericht zugrundelegte, den er auf Ersuchen des Komitees über die Sanierung Oesterreichs erstattet hat. Sir Arundel Salter hat nach Hinweis auf Grund der in Oesterreich erzielten Ergebnisse erklärt, daß man, was Deutschland anbelangt, der Zukunft mit Vertrauen entgegengehen könne, falls zu seinen Gunsten etwas Gleichartiges wie in Oesterreich durchgeführt werden sollte.

Der Hitler-Prozeß.

Nachmals der Fall Ehrhardt. - Die Auslagen Kriebels. - Ausschluss der Öffentlichkeit.

München, 28. Febr. Die heutige Vormittagsitzung konnte erst um 10 1/2 Uhr vormittags eröffnet werden, da nach Mitteilung des Gerichtsvorstandes General von Ludendorff bei der Fahrt zum Gerichtsgebäude eine Kuropanne erlitten hatte.

Junak hat bemerkt, Justizrat Kohl zu der gestrigen Mitteilung des Generals Epp, daß in seiner Gegenwart das Protokoll über die Sitzung am 6. November 1923 zwischen Kahr und den Kampfbund-Vertretern nicht verlesen worden sei, daß in Gegenwart Epps ein solches Protokoll verlesen worden sei, welches sich mit den Vorgängen bei der Besprechung zwischen Kahr und Vertretern der Kampfbünde befaßt. Der erste Staatsanwalt Siemlein erklärt zu der Behauptung, daß Kapitän Ehrhardt trotz des bereits früher geäußerten Banns des Führers, Ehrhardt als Zeugen zu vernehmen, nicht vernommen werden konnte, da feinerzeit der Anwalt dieses Zeugen nicht festgestellt werden konnte. Wegen Ehrhardt schwärme ein Strafverfahren. Jetzt habe die Staatsanwaltschaft sein Interesse an der zeugenschaftlichen Vernehmung Ehrhardts. In den Ausführungen des Staatsanwalts erklärt Justizrat Jeschowitz, er würde sich dies gefallen lassen, wenn er nicht schon am 1. Dezember 1923 ein Schreiben an den Generalstaatsanwalt und an das Justizministerium um gerichtet hätte, in welchem er darauf gedungen habe, daß das Verfahren gegen Kahr, Vossow und Seifert auch mit aufgenommen werde. Wenn derartige Anträge gestellt würden, dann sei es verfehlt, sich auf Auslagen nur einiger Werten der Staatsanwaltschaft zu beschranken. Rechtsanwalt Doll betont, daß von einer gewissen Seite dem Kapitänleutnant Ehrhardt mitgeteilt worden sei, er werde, wenn er von der Verteidigung als Zeuge geladen werde, von der Staatsanwaltschaft verhaftet werden.

Hierauf setzte das Gericht die Vernehmung des Angeklagten fort. Junak machte der militärischen Führer des Deutschen Kampfbundes, Oberstleutnant a. D. Kriebel, teils in öffentlicher, teils in geschlossener Sitzung über seine Tätigkeit und über seine Beweggründe einige Ausführungen. Er erklärte: Schon bei der Waffenstillstandskommission in Spaa haben wir das ganze Land mitgenommen, da ist uns klar geworden, daß auch die Feinde im Innern befreit werden müssen, bevor an die anderen Fragen herangetreten werden können. Wir mußten erleben, wie dort von den Ministern der Revolution die Forderung des deutschen Volkes preisgegeben und verstoßener wurden. Kriebel erklärte weiter, er habe damals, als er von Spaa abgefahren sei, den Schwur getan, daß er nicht ratten würde, daß zu erfüllen, was er geschworen habe. Der Angeklagte schilderte seine Tätigkeit als Stabsoffizier der Landesleitung der Einwohnerwehren und machte hierbei die Feststellung, daß die Einwohnerwehren damals nicht auf Veranlassung Kahr's entstanden, sondern von verschiedenen Männern unter Führung des Fortritts Führer geschaffen worden seien. Auch an der politischen Bewegung in Norddeutschland im März 1920 hat sich Kriebel beteiligt. Er habe sich damals keine Staatsbürgerschaft verdient. Als dann die Auflösung der Einwohnerwehren verlangt worden sei, habe er sich an Kahr begeben, um Aufklärung über die Lage zu erhalten. Kahr habe es aber abgelehnt, ihm eine Antwort zu geben. Es sei also nicht richtig, daß Kahr nicht die Schuld an der Auflösung trage. Wichtig sei, daß die Schuld an der Auflösung der Einwohnerwehren einzig und allein bei Herrn von Kahr liege. Nach dieser Erkenntnis habe

sich sein Verhältnis zu Kahr merklich gelockert. Er habe damals erkannt, daß er kein Mensch der offenen Hintertür sei. Die Auflösung der Einwohnerwehren habe zur Folge gehabt, daß sich die wahrhaft vaterländisch gesinnten Männer von dieser Organisation hätten wegwenden müssen. Der Angeklagte kam dann auf seine Tätigkeit im Sinne eines Anschlusses Deutsch-Oesterreich an Bayern zu sprechen. Im Jahre 1922 habe er für den vaterländischen Gedanken gearbeitet, ohne aber in der Öffentlichkeit in Erscheinung zu treten. Der Angeklagte erwähnte im weiteren Verlauf seiner Beziehungen zur Reichsflagge. Ueber die Reichsflagge sei er dann mit den übrigen Verbänden in Beratung gekommen und habe dann Dittler kennen gelernt. Er betonte ausdrücklich, daß er zu Dittler nicht auf Grund einer Veranlassung durch seine Reden gekommen sei. Den eigentlichen Grund werde er später erwähnen. Später sei er dann zum Kampfbund gekommen, dessen militärischer Leiter er schließlich geworden sei. Der Angeklagte bittet dann, seine weiteren Ausführungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit machen zu dürfen. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte Kriebel, er halte es für notwendig, in seinem Bericht zusammenhängend fortzuführen. Das Gericht zog sich zu einer kurzen Beratung zurück und beschloß, die Öffentlichkeit bei den weiteren Ausführungen Kriebels anzuschließen, da sie eine Gefährdung der Staatsicherheit bedeuten würde. Hierauf wurde der Sitzungssaal geräumt.

In der Nachmittagsitzung wurde Oberstleutnant a. D. Kriebel vernommen, dessen Ausführungen unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden und die ganze Sitzung ausfüllten. Auch die Pressevertreter hatten keinen Zutritt. Am Freitag wird General a. D. Ludendorff über sein Verhalten an den Tagen des 8. und 9. November 1923 sich zu äußern haben.

Neue Ansätze auf die Pfalz.

Es liegen Anzeichen dafür vor, daß man sich in der Pfalz auf neue Ueberlegungen gefaßt machen muß, die den früheren nach Bremen und Jülich gleich sind, während nur die äußeren Formen wechseln. Aus Koblenz wird gemeldet, daß der militärische Stab der früheren separatistischen Rheinbundtruppen mit dem Generalsekretär von Raitten, Rosenbaum, wieder nach Koblenz übergesiedelt sei. Bei dem Generalsekretär Rosenbaum handelt es sich um einen 37jährigen Studenten aus Köln, der während der Besetzung von Frankfurt am Main den Franzosen als Dolmetscher und später in Mainz als französischer Spion gedient hat.

Ueber die gegenwärtige Lage in der Pfalz wird aus Birmensfeld gemeldet: Im Anschluß an die letzten Ereignisse vom 12. und 13. Februar sind von der französischen Besatzungsbehörde noch neue Verhandlungen vorgenommen worden. Die genaue Zahl ist nicht festzustellen, da niemand Zutritt zu den Verhandlungen hat. Rufe einmal die Offiziersvereinigungen werden zugelassen. Schätzungsweise sind 50 Verhandlungen erfolgt, während etwa 200 Bürger sich der drohenden Verhaftung durch die Flucht entzogen haben. Die Separatisten halten sich noch immer in Ratibaus auf. Sie verbünden die Bevölkerung täglich auf den Straßen, drohen mit Rache und vertrieben die Soldaten für die französische Besatzungsbehörde. Unter dem Schutz der Besatzungsbehörde treiben sich zahlreiche Separatisten in der Stadt umher. Die hiesigen Schulleute verrichten ihren Dienst in Begleitung von Marokkanern. Säbel und Schußwaffen sind ihnen abgenommen. Die Verkehrsbeschränkung bis 7 Uhr morgens und das Verbot des Fahrradverkehrs wird mit aller Strenge auch bei Tage durchgeführt. Verbrecher, die früher denkwürdig die Gefängnisse besuchten, terrorisieren nach wie vor die Bevölkerung, während angelegene Bürger, die sich der Achtung der Stadt und des Gerichts erwehren, im Gefängnis schmachten. Da die Stadtverwaltung infolge der Verhaftung unentbehrlicher Beamten nur mangelhaft durchgeführt werden kann und andererseits zahlreiche Straßbarrieren, deren Leiter verhaftet oder geflüchtet sind, immer gefährdet sind, leidet die Bevölkerung außerordentlich. Die Rückkehr des durch die Separatisten ausgewiesenen Bürgermeisters, sowie zweier Stadträte ist immer noch nicht möglich. Von den Separatisten verfolgte Flüchtlinge, die nach dem Zusammenbruch der Separatistenherrschaft zurückgekehrt sind, wurden von den Franzosen auf neue verhaftet. Sämtliche Sportvereine sind von den Franzosen aufgelöst, die Sportgeräte und die Protokollbücher weggenommen worden. Solange notorische Verbrecher unter dem Schutz der Franzosen in dem besetzten Gebiete frei umherlaufen dürfen, muß es eine Forderung der gestrichen Welt sein, die Freilassung der Gefangenen, die wegen ihres Widerstandes gegen die Separatistenbewegung verhaftet worden sind, zu erwirken.

Kommunistenverhaftungen in Sachsen.

Dresden, 28. Febr. In der heutigen Landtagsitzung erhielt man durch einen kommunistischen Antrag auf Gestattung des Abgeordneten Renner Kenntnis von der gestern erfolgten Verhaftung von 66 Kommunisten. Wie der kommunistische Abgeordnete Böttger mitteilte, befinden sich unter den Verhafteten eine Reihe kommunistischer Stadtverordneter. Die Verhaftung sei eine Gemeindevorsteherverhaftung gewesen, die sich mit den kommenden Reichstagswahlen beschäftigt habe. Landtagspräsident Winkler teilte mit, daß er vom Polizeipräsidenten die Auskunft erhalten habe, die betreffende Verhaftung sei als Eisenbahnerverhaftung angemeldet gewesen. Das Reichswehrkommando habe angeordnet, daß der Abgeordnete Renner solange in Haft behalten werden müsse, bis das bei den Verhaftungen mitgenommenen und bei den Hausdurchsuchungen beschlagnahmte Material gesichtet sei. Der Landtag wird sich mit der Angelegenheit noch einmal am Schluß der heutigen Sitzung befassen. Nach stundenlangem Austausch und Geschäftsordnungsdebatte wurde der deutsch-nationale Mißtrauensantrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und einiger Linksozialisten abgelehnt. Vorher kam es jedoch noch zu großen Ständlungen, in deren Verlauf gegen den Reichspräsidenten ein Scherzbau geschickert wurde, das den Vizepräsidenten Widdmann traf. Die kommunistischen Abgeordneten Ellrod und Rißel wurden für drei Sitzungen ausgeschlossen. Da sie den Saal nicht verlassen wollten, mußten die Verhandlungen zweimal unterbrochen werden, bis endlich um 10 Uhr abends der Präsident die Tagung mit der Erklärung

Schuhhaus B. Weigel, Pforzheim, Ecke Delmlingstr. 18 u. Walsenhausplatz 2. Telefon 672. Beste Bezugsquelle für Straßen-, Sport- u. Gesellschaftsschuhe. Beachten Sie meine Auslagen! Kinderwagen, Sportwagen in einfach bis hochfein. Kindermöbel, Ruhestühle, Koffer und Lederwaren in gediegener Ausführung kaufen Sie billig bei Wilh. Bross, Pforzheim, Ecke Zerronnenstrasse und Baumstrasse.

zung schloß, daß er bis die Wahrung de Berlin, 28. Febr. Ihren Ausdruck drücker groß angelegter mission den Dank für dem Erfolg ihrer P der Reparationsfrage. Nach einem D schränkung aller Et auf die Befragung begerzt sei. Für a an Reparationska das Gelingen ein verfügung Deut angehen werden. Abstufung habe, kein Vereinbarung. Wirtschaft nicht abgrenzung der Produkt internationale Anwert, daß diese mög der Ricumverträge niffer, das Deutsche ter Verträge nicht bringe aber große reich mit sich. Mit in Frankreich trotz licher Beziehung so lange aber der fra onleistungen leugn unmöglich. Deut Goldmarkt betragen, in Deutschland sei positiv, die Deutsch gungen zur Erwerb nister auf die Unte delationsvertrag und parationsabgabe zu bei den deutsch-engl der anderen Seite lungen dies leider r Parlament die Aus teile und der Verbe Eintritt Deutschlands Reichsregierung die Augenblick keine W fahrungen dankte d leit und sprach die Zusammenleben der Achtung gewährt (Demokrat) wünscht schwerlich gegen d der Beamtenabgab anten müsse ein B hälter erbehalten dende Vermögensst als eine Mittelsch Volkspartei) wünsch fessionellen Hader u und Subsidie feier steuerlich zu erst machen vom Reich Frölich hält eine D Daunrichd an den abwählen. - Per tritt die föderalistis schwerlich über das verteter veranlaßt, die Weiterberatung De Berlin, 28. Febr. nachgezählt den Verfügung des Re der Reichswehrleistu Vollzugsgewalt in sondere des Reichs nach Aufhebung d Richtigkeit befehle nen, was zur Aufr Innern notwendig Berlin, 28. Febr. vom 28. Februar i des Herrn Reichs lichen Ausnahmezu strebungen vom 24 des freigesetzten B derbestehenden weiter dung der §§ 2 un men. (gez.): Jan Um Berlin, 28. Febr. abend zwischen dem sprechungen über d Verhältnisse wurden u Dr. Jarres, erklär des Berliner Tage Reichstages von de der Spezialdebatte Der von der Deuti wonach der Reichs Wahlen für den m ist übrigens noch n len beschließen, z aufgelöst werde un Zwischen den Kraft sprechungen über l Entwicklung im G eines Initiativent Reichstag seinem T für die Auflösung wahlen ein Ende fo Frankfurt Berlin, 28. Febr. Verlegenheit um d 95 Stimmen der d der Ueberhand in treibt die Bogelstro E für Wochen- und Fritz V Schloss



rt. Er habe da-  
 in Hinterlär sei  
 ur Folge gehabt  
 Männer von dieser  
 Anmerkung kam  
 schlusses Deutsch-  
 1922 habe er  
 eine aber in der  
 Angeklagte er-  
 gen zur Reichs-  
 mit den übrigen  
 dann Dittler ten-  
 n Dittler nicht auf  
 gekommen sel-  
 men. Später sei  
 nützlicher Leiter  
 Dittler dann, seine  
 er Dittlerschaft  
 stunden erklärte  
 Dittler nicht auf  
 dem Ausschluß  
 sition ausfüllen  
 it. Am Freitag  
 halten an den Ta-  
 ren haben.

ch in der Pfalz  
 die den früheren  
 nur die äußeren  
 ur, daß der mil-  
 heinbundruppen"  
 um, wieder nach  
 ssekrete Rosen-  
 denten aus Köln,  
 Main den Fran-  
 als französischer

is wird aus Vir-  
 an Ereignissen vom  
 en Befehlsgabe  
 worden. Die ge-  
 tritt zu den Be-  
 idiger werden ja-  
 en erfolgt, wä-  
 stung durch die  
 en sich noch im-  
 völlerung täglich  
 ten Sp. heilweise  
 dem Schutz des  
 reparativen in der  
 berichten ihren  
 del und Schul-  
 dichte bis 7 Uhr  
 is wird mit aller  
 die früher  
 ren nach wie vor  
 die sich der rich-  
 im Gefängnis  
 der Verhaftung  
 geführt werden  
 deren Leiter  
 sind, leidet die  
 es durch die Se-  
 die zweier Stadt-  
 Separatisten ver-  
 der Separati-  
 n Franzosen aus  
 von den franzö-  
 sischlicher wege-  
 über unter dem  
 te frei umherlan-  
 gerten Welt irn-  
 des Widerstandes  
 den sind, zu er-  
 schen.

ntagabteilung er-  
 auf Dattlenhof-  
 der gestern hier  
 Wie der Kommu-  
 ten sich unter den  
 berordneter. Die  
 mmlung gewesen,  
 beschäftigt habe  
 vom Polizeiprä-  
 sidente Verlamen-  
 meldet gewesen  
 daß der Abg. ord-  
 nung müsse, bis das  
 in Hausdurchsuchung  
 undtag wird sich  
 h der heutigen  
 rade und Ge-  
 nale Weisens-  
 len, der Kommu-  
 Vorher kam es  
 in Berlin gegen  
 schiedener wurde,  
 kommunistischen  
 drei Sitzungen  
 wollten, mußten  
 den, bis endlich  
 mit der Erkla-

orzheim,  
 senhausplatz 2.

ur  
 schäfts-Schule.  
 uslagen!

ortwagen  
 stein.  
 bestühle,  
 erwaren  
 en Sie billig bei  
 orzheim,  
 Bannstrasse.

ump schloß, daß er nicht eher eine Sitzung einberufen werde,  
 bis die Wahrung der Geschäftsordnung gesichert sei.

**Deutscher Reichstag.**  
 Berlin, 28. Febr. In Fortsetzung der allgemeinen politi-  
 schen Aussprache brachte Reichsminister Dr. Stresemann in sei-  
 ner groß angelegten Rede gegenüber den Mitgliedern der Kom-  
 mission den Dank für ihre mühevollen Arbeit zum Ausdruck. Von  
 dem Erfolg ihrer Arbeiten werde es abhängen, ob eine Lösung  
 der Reparationsfrage möglich sei, was die Wirtschaftslage erfor-  
 dere. Nach einem Hinweis auf die Notwendigkeit der engheren Be-  
 schränkung aller Staatsausgaben erklärte der Minister in Bezug  
 auf die Beschäftigungskosten, daß hierin unsere Leistungsfähigkeit  
 begrenzt sei. Für absehbare Zeit können wir aus eigener Kraft  
 an Reparationszahlungen nicht denken. Als Voraussetzung für  
 das Gelingen einer internationalen Anleihe müsse die Wieder-  
 verfassung Deutschlands über seine Wirtschaft und Finanzen  
 angehen werden. Für Frankreich bestehe, wenn es ernsthafte  
 Absicht habe, kein Dornenbusch mehr, zu einer wirtschaftlichen  
 Vereinbarung. Wenn der Kreditnot in Industrie und Land-  
 wirtschaft nicht abgeholfen werde, müsse mit einer Verminder-  
 ung der Produktivität gerechnet werden und deshalb sei eine  
 internationale Anleihe zu begründen und zwar sei wünschens-  
 wert, daß diese möglichst bald zustandegebracht werde. Bezüglich  
 der Ricamarträge, die am 15. April ablaufen, erklärte der Mi-  
 nister, das Deutsche Reich könne eine weitere Finanzierung die-  
 ser Verträge nicht leisten. Eine Nichtverlängerung darüber  
 bringe aber große Schwierigkeiten für Deutschland und Frank-  
 reich mit sich. Mit Genehmigung müsse festgestellt werden, daß  
 in Frankreich trotz aller politischen Differenzen in wirtschaft-  
 licher Beziehung noch eine Annäherung getrachtet werde. So-  
 lange aber der französische Ministerpräsident unsere Reparati-  
 onskommission leigne, sei eine Verständigung mit diesem Lande  
 unmöglich. Deutschlands Beständen hätten 12 Milliarden  
 Goldmark betragen. Eine ruhige konstitutionelle Entwicklung  
 in Deutschland sei am besten gewährleistet durch eine Außen-  
 politik, die Deutschland leben lasse und nicht alle seine Anstren-  
 gungen zur Ergebnislosigkeit verdamme. Sodann kam der Mi-  
 nister auf die Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Han-  
 delsvertrags und das deutsch-englische Abkommen über die Re-  
 parationsabgabe zu sprechen, wobei die handelsrechtlichen Formen  
 bei den deutsch-englischen Verhandlungen hervor und stellte auf  
 der anderen Seite fest, daß bei den deutsch-polnischen Verhand-  
 lungen dies leider nicht der Fall gewesen sei, weil im polnischen  
 Parlament die Ausweitung großer deutscher Bevölkerungsteile  
 und der Handelsabdruck geordert wurde. Was den  
 Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anlangt, so habe die  
 Reichsregierung diesem nicht ganz fern, sehr aber im jetzigen  
 Augenblick keine Möglichkeit gesehen. Zum Schluß seiner Aus-  
 sprache dankte der Minister dem Ausland für die Hilfsbereit-  
 schaft und sprach die Hoffnung aus, daß für künftige Zeiten das  
 Zusammenleben der Völker auf der Grundlage gegenseitiger  
 Achtung gewährleistet werde. — Abgeordneter Dr. Koch-Weser  
 (Demokrat) wünscht in der Politik mehr Idealismus und be-  
 schwert sich gegen die Art, wie unter dem Gemäßigungsge-  
 richt der Beamtenabbau gehandhabt werde. Den abgebauten Be-  
 amten müsse ein Verdienstrecht gegeben werden und ihre Ge-  
 hälter erheblich dringend eine Aufbesserung. Eine ausbrei-  
 tende Vermögenssteuer würde dem Staat mehr Geld einbringen  
 als ein Meißner. — Abgeordneter Dr. Leist (National-  
 Volkspartei) wünscht, daß der innere Friede nicht durch kon-  
 fessionellen Gader getrübt wird. Die Kassowische der Kartelle  
 und Kandidaten seien zu befehlen und die Konjunkturalgesetz-  
 stellung zu erlassen, wozu sich die Reichsregierung neue Voll-  
 machten vom Reichstag geben lassen solle. — Der Kommunist  
 Fröhlich hält eine ähnliche parteipolitische Rede und möchte die  
 Hauptschuld an den jetzigen Zuständen auf die Sozialdemokratie  
 abwälzen. — Der Abgeordnete Alpers (Deutsch-Hannover) ver-  
 tritt die föderalistischen Bestrebungen der Dannebergianer und be-  
 schwert sich über das Vorgehen von Kossel, was den Repräsentan-  
 ten veranlaßt, dagegen Protest zu erheben. Sodann wird  
 die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

**Der zivile Ausnahmezustand.**  
 Berlin, 28. Febr. Vom 1. März an wird der zivile Aus-  
 nahmezustand den militärischen abgeben, und zwar durch eine  
 Verfügung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48  
 der Reichsverfassung. Der zivile Belagerungszustand legt die  
 Vollzugsgewalt in die Hände der Reichsregierung und insbeson-  
 dere des Reichsministers des Innern. Es bleibt also auch  
 nach Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes die  
 Möglichkeit bestehen, von zentraler Stelle aus alle anzuord-  
 nen, was zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im  
 Innern notwendig ist.

Berlin, 28. Febr. Zur Verordnung des Reichspräsidenten  
 vom 28. Februar 1924. Auf Grund des § 5 der Verordnung  
 des Herrn Reichspräsidenten über die Aufhebung des militäri-  
 schen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Be-  
 strebungen vom 28. Februar 1924 bestimme ich: Das Gebiet  
 des Freistaates Bayern wird mit Rücksicht auf den dort bereits  
 bestehenden weitgehenden Ausnahmezustand von der Anwen-  
 dung der §§ 2 und 4 der genannten Verordnung ausgenom-  
 men. (GZ.): Jarrod.

**Um das Schicksal des Reichstags.**  
 Berlin, 28. Febr. Wie die Wälder melden, fanden gestern  
 abend zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern Ver-  
 handlungen über die Frage der Auflösung des Reichstags statt.  
 Die Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der Reichsminister des Innern,  
 Dr. Jarrod, erklärte nach der Besprechung einem Mitarbeiter  
 des „Berliner Tageblattes“, daß die Frage der Auflösung des  
 Reichstages von der weiteren Haltung der Parteien zur Frage  
 der Spezialdebatte über die Notverordnung abhängen werde.  
 Der von den Deutschen Volkspartei beschlossene Initiativvertrag,  
 wonach der Reichstag am 3. Mai aufgelöst werden soll und die  
 Wahlen für den neuen Reichstag am 1. Mai stattfinden sollen,  
 ist übrigens noch nicht eingebracht worden. Die Deutschnationalen  
 beschließen, zu beantragen, daß der Reichstag am 5. April  
 aufgelöst werde und die Wahlen am 6. April stattfinden.  
 Zwischen den Fraktionsführern der Reichstagsparteien sind Ver-  
 handlungen über den weiteren Verlauf der parlamentarischen  
 Entwicklung im Gange. Dieselben zielen auf Einbringung  
 eines Initiativtrags der Parteien ab, durch welchen der  
 Reichstag seinem Dasein selbst durch Festsetzung eines Termins  
 für die Auflösung und die unmittelbar darauf folgenden Neu-  
 wahlen ein Ende setzt.

**Frankreich und die belgische Ministerkrise.**  
 Paris, 28. Febr. Die offizielle Pariser Presse ist in großer  
 Verlegenheit um den Sturz des Kabinetts Theunis, das mit  
 95 Stimmen der Sozialisten und Blauen gegen 79 Stimmen  
 der Liberalen und Kommunisten zu Fall gebracht wurde. Sie  
 treibt die Bogenkurve-Politik und möchte die wahre Ursache der

ser Demission verschleiern. Man läßt sich beinahe ängstlich  
 Versicherungen darüber fallen zu lassen, daß die wahre Ursache  
 des Sturzes nicht der französisch-belgische Wirtschaftsvertrag,  
 sondern die durch die Ruhrbesetzung verursachte ungünstige fi-  
 nanzielle Lage Belgiens ist. Natürlich kann kein Zweifel dar-  
 über bestehen, daß die Opposition, die das Kabinett Theunis zu  
 Fall brachte, vor allem gegen Theunis ausstürmige Politik Wä-  
 derspruch erheben wollte. Dies steht übrigens das „Journal“  
 ein, welches schreibt, daß es sich um eine Verbindung von Grup-  
 pen handele, die der Politik Theunis ungünstig gestimmt seien.  
 Es ist ein auffallendes Zusammentreffen, daß der Sturz des  
 Kabinetts Theunis im selben Augenblick erfolgt, wo in Eng-  
 land eine sozialistische Regierung im Amt ist. Die „Doppositi-  
 onspresse“ schreibt, daß Theunis vor allem vorgeworfen würde,  
 daß er zur Zeit Belgiens die Politik Frankreichs nicht unter-  
 stützt, dagegen sich gegenüber Belgien allem und jedem anlehnt  
 habe. Die Bilanz der Ruhrbesetzung, welche Theunis aufgestellt  
 hatte, sei mit Recht angezweifelt worden. Die Belgier hätten  
 befürchtet, daß sie es müde seien, die Politik Theunis, insbeson-  
 dere der Ruhrpolitik, weiter mitzumachen.

**Bersäumte Abonnements auf den „Enztäler“**

können bei allen Postanstalten, Agenturen, sowie bei der  
 Geschäftsstelle des „Enztäler“ nachgeholt werden.  
 Erhöhtere Nummern werden, soweit vorrätig, nachgeliefert.

Weiteres aus der Münchener Illustrierten Presse. Der lau-  
 rige Schwabinger Maler Liebmann sah abgebrannt im „Cafe  
 Boheme“. Mit seinen letzten Bleimuten telegraphierte er an  
 seinen Vater: „Schick Geld.“ „Du oder ich?“ lautete die tele-  
 graphische Rückantwort.

100jähriges Jubiläum des evangelischen Gesangbuchs. Auf  
 eine 400jährige Geschichte sieht das evangelische Gesangbuch,  
 dessen erste Ausgabe 1521 erschien, in diesem Jahr zurück. Dem  
 „Evangelischen Deutschland“ zufolge ist eine gemeinsame Ge-  
 innerungsfeier in allen evangelischen Gemeinden vom Deutschen  
 Evang. Kirchenausschuß für Sonntag Kantate, 18. Mai d. J.,  
 angesetzt worden. Darüber hinaus soll das ganze Jahr 1924 in  
 Gottesdienst und musikalischen Feiern in besonderer Weise  
 unter dem Zeichen des protestantischen Kirchenlieds stehen.

Schwere Gas-Explosion in Frankfurt. Infolge der be-  
 schlechten Gasleitung ereignete sich Dienstag abend in einem Hause der  
 Wehregasse in Frankfurt a. M. eine schwere Gasexplosion.  
 Der ungeheure Aufbruch brach die Erdgeschosswand hinaus  
 und schleuderte die Trümmer mit großer Gewalt durch die ganze  
 Gasse. Gleichzeitig wurden die oberen Stockwerke mit samt den  
 Wohnungseinrichtungen in einem Augenblick in ein Chaos ver-  
 wandelt. Die meisten Hausbewohner wurden durch die unher-  
 sehbar Trümmerhülle mehr oder minder schwer verletzt. Die  
 gefährdeten Bewohner wurden von der herbeieilenden Feuer-  
 wehr in Sicherheit gebracht. Sechs bis acht Schwerverwundete  
 wurden den Krankenhäusern zugeführt. Auch zwei Nach-  
 bauer und zwei gegenüberliegende Häuser wurden durch den  
 Aufbruch so schwer beschädigt, daß sie wegen Einsturzgefahr  
 geräumt werden mußten. Die Wohnungseinrichtungen dieser  
 Häuser sind gleichfalls vollständig zerstört worden. Im weiten  
 Umkreis sind viele Fensterscheiben und Türschlösser eingedrückt  
 worden. Wie groß der Schaden ist, ließ sich bei der Dunkelheit  
 noch nicht feststellen.

Erträge der „Spielhöllen“. Vom 1. Oktober 1922 bis zum  
 30. September 1923 hat der französische Staat den nachstehenden  
 „Spielhöllen“ folgende Summen an Steuern und sonstigen  
 Einnahmen abgenommen: Kasino von Deauville rund 25 Millionen,  
 Kasino von Nizza 18 Millionen, Kasino von Cannes 11 Mil-  
 lionen, Kasino von Biarritz 11 Millionen, Kasino von Aix les  
 Bains 10 Millionen, Kasino von Vichy 10 Millionen, Kasino  
 von Paris-Plage 7 Millionen, Kasino von Dieppe 5 Millionen.  
 Dazu kommen noch zahlreiche kleinere Kasinos, die weniger  
 große Summen umsetzen: 16 Kasinos haben zwischen 1 und 5  
 Millionen eingetragen, 15 zwischen 500 000 Franken und 1 Mil-  
 lion, 28 zwischen 100 000 und 500 000 Franken und über 60  
 Kasinos bis zu 100 000 Franken.

**Wasserkraftanlage T 7.**

Die Papierfabrik Wildbad beabsichtigt die Leistung  
 ihres bestehenden Wasserkraftwerkes T 7 zu erhöhen.  
 Der Oberkanal soll auf eine Länge von ca. 350 Mtr.  
 als offener Kanal, weitere 380 Meter als Eisenbetondruck-  
 rohrleitung ausgebaut werden; der Unterkanal erhält eine  
 Länge von ca. 70 Meter; das neue Turbinenhaus wird  
 auf Proj. Nr. 1417-1419 auf Markung Calmbach erstellt.  
 An der bestehenden Stauanlage werden keine Veränderungen  
 vorgenommen.  
 Einwendungen gegen die geplante Anlage sind bei  
 Verlust des Einspruchsrechts innerhalb 14 Tagen beim Oberamt  
 anzubringen, wo Pläne und Beschreibung zur Einsicht aufliegen.  
 Neuenbürg, den 25. Febr. 1924. Oberamt:  
 Amtmann H. F. K.

**Wärtl. Amtsgericht Neuenbürg.**

Handelsregister-Eintragen. Abtl. für Einzelfirmen:  
 1. am 23. Februar 1924 bei der Firma **Haus & Kirbke**,  
 Gerrenalb: Die Firma ist erloschen; 2. am 26. Februar  
 1924 (neu): **Richard Weiß, Birkensfeld**. Inhaber der  
 Firma: **Richard Weiß, Kaufmann in Birkensfeld.**

Ab Montag, den 3. März 1924 finden in Pforz-  
 heim auf dem Gelände des neuen Schlachthofes regelmäßig

**Schlachtviehmärkte**

statt und zwar  
**Montags und Mittwochs,**  
 jeweils vormittags von 9 bis 11 Uhr.

Wo gehen wir am Sonntag hin? — Nach  
**Pangendraub in's Gasthaus z. „Grünen Baum“!**  
 Da ist

**große Hundeschau**

(große Hunde erwünscht).  
 Mehrere Hundefreunde.

**Bezirks-Konsumverein Neuenbürg (Enz).**

- Wir empfehlen unseren Mitgliedern:
- Prima Weizenblütenmehl Pfund 17 J
  - „ Schweineschmalz „ 74 J
  - „ Kokosfett „ 55 J
  - „ Speiseföl „ 110 J
  - „ Margarine Pfd. 58, 65 und 70 J
  - „ Rosinen-Sultanen Pfd. 120 J
  - Citronen Stück 7 und 8 J
  - Feinste Fettbücklinge Pfd. 32 J
  - Prima Schweizerkäse 1.60 K
  - „ Emmentaler 1.80 K
  - „ Limburger Käse 1.00 K
  - Kaffee, gebrannt Pfd. 2.40 und 3.00 K
  - Frische italienische Eier Stück 14 J
  - Sauerkraut Pfd. 10 J
  - Prima Feigen 60 J

**An die Mitglieder des Bezirkskonsumvereins Neuenbürg (Enz).**

In Nr. 40 des „Enztäler“ vom 16. 2. hat sich unser  
 früherer aus Sparamkeitgründen auf 1. 4. 24 abgebaute  
 Lagerort **St. Rüd** erlaubt, Kritik an der Verwaltung des  
 Bezirkskonsumvereins zu üben, in welcher er Behauptungen  
 aufstellte, die der Wahrheit widersprechen und Entstellungen  
 benützte, die dazu angetan sein sollten, das Ansehen des  
 Konsumvereins zu schädigen.

Wir müssen es ablehnen, uns mit einem früheren An-  
 gestellten in der Zeitung auseinanderzusetzen, benachrichtigen  
 aber unsere Mitglieder, daß wir Herr Rüd mit sofortiger  
 Wirkung entlassen haben. Alles übrige überlassen wir richter-  
 licher Entscheidung.  
 Der Unterschriftsrat.

**Total-Ausverkauf!**  
 wegen Geschäfts-Aufgabe.  
 Empfehle zu äusserst billigen Preisen:  
**Damen-, Brief- und Geldschein-  
 Taschen, Einkaufs-Bentel, Be-  
 rufstaschen, Akten-, Schreib-  
 und Schüler-Mappen, Reise-  
 koffer aller Art.**  
**H. Brösamle, Pforzheim,**  
 5 Theaterstrasse 5.

**Vieh-Verkauf.**

Von Montag morgen 7 Uhr ab  
 steht  
 im Gasthaus zum „Ochsen“ in **Höfen**  
 wieder ein großer, frischer Transport  
 gut gewöhnter, junger  
 Milchkuhe, junger trächtiger  
 Kühe, sowie eine große Auswahl schöner,  
 hochträchtiger Kalbinnen  
 zum Verkauf, wozu Kauf- und Tauschliebhaber freundlichst  
 einladen

**Rudolf und Berthold Löwengardt,**  
 Nezingen.  
 Das Vieh kann von Sonntag an beschäftigt werden.

**Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.**

28. Februar 1924.

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Goldanleihe	42	42	Berg. Mt.	5 1/2
3% Dt. Reichsanl.	1	1	Haders Mt.	21 1/2
4% „	0,825	0,500	Charlottenburger	
5% „	0,120	0,120	Wasser Mt.	28,6
3 1/2% Wärtl.			Daiml. Mt. Mt.	5
Staatssanleihe	0,610	0,610	Guggenau	5,1
4% W. Staatsanl.	0,550	0,600	Eisen Mt.	7 1/2
5% Südd. Fest- meerb. Obl.	1,7	1,7	Germania	
5% Badische Kohlenanleihe	12,3	12,3	Eintracht Mt.	16
5% Reichs- Goldanleihe	2,5	2,5	Harp. Berg. Mt.	83 1/2
Dtsch. Bank Mt.	14,1	14,1	Höchst. Farb. Mt.	17 1/2
Disconto	17 1/2	18	Sanghans Mt.	13
Command. Mt.	40 1/2	40 1/2	Wilm. Rottm. Mt.	12,1
Reichsbank Mt.	4,5	4,5	Kollmar & Jour- dan Mt.	37 1/2
Wärtl. Vereins- bank Mt.	4,6	4,6	Röding. Ww. Mt.	12,6
Sapag Mt.	39,7	39,7	Carlsruhe Mt.	21,6
Nordb. Land Mt.	8 1/2	8 1/2	Münster Mt.	3,5
Wg. Kohalb. Mt.	39	40	Mannfeld Mt.	13,3
Elekt. Hochb. Mt.	45 1/2	45,1	R. S. H. Mt.	7
H. C. B. Mt.	13,1	13 1/2	Reichsanleihe Mt.	8
Pol. Anilin Mt.	21,7	19	Jul. Sager Mt.	10,75
			Sulz. Heilb. Mt.	100
			Stuttg. Sud. Mt.	6,1
			Würtl. Elekt. Mt.	10
			Zeilhoff	10,5
			Waldb. Mt.	14
				15,7



Freie Bahnfahrt!

Bei Einkauf von mindestens 10 Mk. und Vorlegung der Anzeige gewähre freie Bahnfahrt hin und zurück.

Freie Bahnfahrt!

# Frankfurter-Massen-Stoff-Verkauf!

Neben Pfannkuch

Deimlingstraße 20 (Laden)

Neben Pfannkuch

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, steigen die Preise für Tuche und Textilwaren in den nächsten Tagen wieder ganz gewaltig. Immer verfolgen Sie unsere Anzeigen. In den letzten Jahren haben wir unsere Kundenschaft stets richtig unterrichtet und wir können auch jetzt, so leid es uns tut, mit unserer Ansicht nicht zurückhalten. Nutzen Sie die wenigen Tage noch aus, wo Sie Stoffe für Herren-Anzüge und Kostüme sabelhaft billig kaufen können, und machen Sie

von unserem heutigen Extra-Angebot reichlich Gebrauch. Wir haben mehrere tausend Meter Stoffe in allerersten Fabriaten mehr als günstig eingekauft, kalkulierend mit einem lächerlich kleinen Nutzen und lassen alle Vorteile unserer Kundenschaft zukommen, nur so ist es zu verstehen, daß Sie bei uns bis zur Hälfte billiger kaufen wie anderswo, trotz aller Kunststücke, die angewandt werden. Richtig ist: Tatsachen beweisen!

**Blaue-Teine** für Goldschmiede . . . . . 1.25  
**Englisch-Leder** (Pilot) für Hosen . . . 3.50, 3.—, 2.70  
**Herren-Hosen** . . . . . 13.—, 9.75, 8.75, 7.50, 5.90  
**Rammgarn-Hosen** . . . . . 21.—

**In Anzugstoffe**, etwa 150 cm breit (3,10 m für einen Anzug) . . . 24.80, 18.60, 15.50, 12.40, 9.30  
**Rammgarnstoffe** (3,10 m für einen Anzug) . . . . . 46.50, 31.10, 27.70

**In Herren-Sabardine** für Anzüge, p. m 17.—, 16.—  
**Futter-Sortimente**, achteilig, komplett 11.—, 9.—  
**In Herren-Hemden** mit 2 Kragen . . . . . 8.50  
**Arbeits- und Sport-Hemden** 7.—, 6.50, 5.75, 4.25

Solange Vorrat! Damenwäsche u. Aussteuerartikel, Tischdecken, Hausmachertuch, Damaste u. Cretonne, Schürzenstoffe, Kleiderstoffe, sehr preiswert! Nur einige Tage!

Freie Bahnfahrt!

Bei Einkauf von mindestens 10 Mk. und Vorlegung der Anzeige gewähre freie Bahnfahrt hin und zurück.

Freie Bahnfahrt!

Reuenbürg.  
 Ein  
**Ruhwaben**  
 (Meisterprüfungsfach) zu verkaufen  
 3 Mayer, Bognerei.  
 Eine Partie  
**eichene Schnittware**,  
 25—35 mm zu verkaufen.  
 D. Ob.

**Warnung!**  
 Wir warnen mit diesem jedermann, die z. Bt. über uns ausgelegten Gerüchte weiterzugeben. Wir werden unerschrocken jeden Verleumder gerichtlich belangen.  
 Connelter, 29. Febr. 1924.  
 Albert Rudolf,  
 Fritz Büttel.

**2000—3000 Mk.**  
 auf 1. Hypothek (Haus und Güter im zehnfachen Betrag) sofort aufzunehmen gesucht.  
 Angebote unter C 15 an die „Engländer“-Geschäftsstelle erbeten.

Biefelsberg.  
 Zwei kräftige  
**Fahrkühe**,  
 35 und 14 Wochen trüchtig, sowie ein starkes  
**Läuferfchwein**  
 setzt wegen Auswanderung dem Verkauf aus  
 Frau Wilhelm Ertterle.

**Uhrmacher**  
 (Heimarbeiter) für dauernde Reparatur (Remontage) bei höchster Bezahlung gesucht.  
 Angebote unter Nr. 100 an die „Engländer“-Geschäftsstelle.

**Pfannkuch & Co.**  
**Prima Back-Mehl**  
 per Str. 1<sup>10</sup> Mt.

**Pfannkuch & Co.**  
 Zur **Fastnacht-Bäckerei:**  
**Weizenmehl Spezial 0**  
 5 Pfd. 80 Pfg.  
 Feinstes **Blütenmehl**  
 5 Pfd. 90 Pfg.  
**Zucker**  
 Pfd. 44 Pfg.  
**Frische Eier**  
 10 Stück 1<sup>45</sup> Mt.  
**Kokosfett**  
 Pfd. 55 Pfg.  
**Margarine**  
 per Pfd. 58 und 65 Pfg.  
**Schweine-Schmalz**  
 garantiert rein  
 Pfd. 74 Pfg.  
 Ostfries und Diemer's **Badpulver.**

**Pfannkuch & Co.**  
 Zum Füllen:  
**Marmeladen-Confituren**  
**Frischobst-Bierfrucht**  
 Pfd. 38 Pfg.  
**Stachelbeer-Johannisbeer-Nirichen mit Apffel-Zwetschgen-Dreifucht**  
 Pfd. 45 Pfg.  
**Erdbeer-Heidelbeer-Nirichen mit Apffel-Bierfrucht**  
 Pfd. 65 Pfg.  
**Erdbeer-Nirichen-Orangen**  
 Pfd. 75 Pfg.

**Pfannkuch & Co.**  
**Prima Back-Mehl**  
 per Str. 1<sup>10</sup> Mt.

**Pfannkuch & Co.**  
**Prima Back-Mehl**  
 per Str. 1<sup>10</sup> Mt.

Reuenbürg.  
 Frisch gewässerte  
**Stockfische**  
 empfiehlt  
**Carl Mahler.**  
**Sänger-Vereinigung „Freundschaft“.**  
 Heute abend punkt 8 Uhr  
**Verammlung**  
 im „Hirsch“.  
 Der Vorstand.

Von einer der größten, leistungsfähigsten **Margarin- und Koko-fettfabriken** wird für **Herrensalz** und größerer Umgebung ein  
**tüchtiger Vertreter**  
 gesucht.  
 Nur arbeitsfreudige, für diese Sache geeignete Leute wollen sich melden. Herren, welche in Herrensalz bekannt sind und über keinen Lagerplatz verfügen, werden bevorzugt. Offerten unter Nr. 343 an die „Engländer“-Geschäftsstelle erbeten.

Ottenhausen—Arnbach.  
**Hochzeits-Einladung.**  
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am  
**Sonntag, den 2. März 1924,**  
 stattfindenden  
**Hochzeits-Feier**

in das Gasth. z. „Bären“ in Ottenhausen freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung anzunehmen zu wollen.  
**Gotthilf Büttel,**  
 Sohn des † Oberlehrers Büttel, Ottenhausen.  
**Frida Jäd,**  
 Tochter des Fr. Jäd, Sensenschmieds, Arnbach.  
 Kirchgang 11 Uhr in Ottenhausen.

**Ruhr-Brechkoks, Aufkohlen, Schmiedekohlen, Anthracit-Kohlen**  
 empfiehlt in Fuhrten und Waggonbezug  
 Telefon 308. Ferd. Laible, Telefon 308  
**Pforzheim-Güterbahnhof.**

Ottenhausen.  
 Eine  
**Ruh**  
 gute Milchkuh, hat zu verkaufen  
 Fr. Ott.

Schömberg.  
 Gefucht werden 2  
**Mädchen**  
 von 16—19 Jahren.  
 Bäder Reuthtier.

**Pass-Bilder**  
 für Wochen- u. Monatskarten  
 liefern schnellstens  
**A. u. G. Notton**  
 Pforzheim.  
 Leopoldstr. 14 - - Fernruf 2225.  
 Sonntags von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 3 Uhr geöffnet.

Dobel.  
 Ein Paar  
**Läufer-Schweine**  
 und ein Paar eiserne  
**Bettstellen**  
 mit Roß hat zu verkaufen  
**Karl Hummel,**  
 Schuhmachermeister.

Biefelsberg.  
 Eine hochtrüchtige  
**Schaff-Kalb**  
 hat gegen ein fettes Stück Vieh zu vertauschen.  
**Fr. Müble.**

Königsbach.  
 Ein neuer  
**Wagen,**  
 30—35 Hk. Tragkraft, ein neuer  
**Handfarren,**  
 ein Paar  
**Läuferfchweine**  
 billig zu verkaufen  
**Ludwig Kaiser,**  
 Schmiedemeister, Ra listr. 3.

Pforzheimer  
**Gold-Ankaufstelle**  
 kauft Gold, Silber, Platin in Barren und fein, sowie alte Schmuckstücke zum Einarbeiten, Rollen und Brillanten, ferner Gold- und Silbermünzen, in- und ausländische.  
**Edelmetall-Handlung A. Metsch,**  
 Pforzheim, Waisenhausplatz 4, Tel. 3463.

**Hand-Patentstempel**  
 für Anzeigen und Büros sind sofort lieferbar.  
**G. Nech'sche Buchdruckerei.**

Bezugspreis  
 Halbmonat...  
 80 wöchentliche...  
 Post im Ort...  
 detekt. sowie im...  
 uland. Berlebe...  
 pferung u. Hochbe...  
 dreie freisteh...  
 Kachhebung vor...  
 Preis einer Nummer...  
 pfennige.  
 In Pflanz von 20...  
 walt behält sich...  
 auf Befragung der...  
 oder auf Wiederhol...  
 Bezugsstelle

Seitungen ne...  
 schrieben, in...  
 auherdem die...  
 jedergeit en

Sirefonte Nr. 2...  
 O. B.-Eberle Nr. 2

Nr 52

Polli  
 Der Beamten...  
 icken Beamten...  
 berried zwar Ne...  
 Vaterlands der...  
 die vielen nach...  
 aufrecht zu erhal...  
 rung der Staats...  
 entbehrlichen We...  
 die Kunst der...  
 sein Beamtenum...  
 ist sich klar darü...  
 und er selbst ver...  
 bardem war. Ab...  
 konsequent durch...  
 dienst immer wie...  
 wollen seine Nam...  
 nen besetzt wird...  
 daß eine durchau...  
 Minister's Holz b...  
 verzerrt und zum...  
 Der Minister hat...  
 die Schuld trägt...  
 weil die Organis...  
 finanziell uneträ...  
 schwerer zu extra...  
 der allzu mechan...  
 Es ist Zeit, das...  
 fen. Notwendig...  
 reichhaltig angere...  
 Württemberg auf...  
 nighens bernäber...  
 verloren. Der Ab...  
 Alles kann der...  
 dung lassen wir...  
 Deranbildung un...  
 land wieder hoch...  
 Die Reichstags...  
 wieder begonnen...  
 vollen Gang. D...  
 großen Ausbrach...  
 üben zum Teil...  
 men, besonders...  
 mächtigungsgehe...  
 triebfeder dabei...  
 muß man aber...  
 Reiches, die Innen...  
 an die Unfähigkeit...  
 Gesche zu machen...  
 Aber die bevorst...  
 vertücht zu mach...  
 die tollsten Wü...  
 rung nicht das...  
 lichen Billigung...  
 Reichstagsausfö...  
 Reichspräsident...  
 ablehnte, diesmal...  
 Erfahrungen der...  
 gen und Medlen...  
 Unterfahr ist auch

Wann sind so...  
 unieren Landtag...  
 Presse gegangen...  
 den Reichstag au...  
 henz am 21. Mai...  
 hältnisse merkwür...  
 Staatspräsident...  
 ein Recht zur...  
 durch Volkswahl...  
 auseinandergeben...  
 das wäre ange...  
 Wille wie diese...  
 Der Hitlerpro...  
 das Tagesgesprä...  
 da gewachsen wir...  
 fadi ans Licht...  
 sein werden, mö...  
 Kagebant list, ab...  
 Rolle Rudendor...  
 Hoffischen Dram...  
 man sieht, wie...  
 vudyt.

Unser Verbäl...  
 Die französischen...  
 sche Arbeitermin...  
 licher agit, keine...  
 Blatz, sowie im...  
 fer gemorden: Es...  
 nicht selber bel...  
 tionalkolger, Reich...  
 schten!

Berlin, 29. F...  
 dem Kabinett eine...  
 brüder, u. a. den...  
 nungämter, die...  
 samt Kapital im...  
 mobile für die...  
 Reichstagsabgeord...  
 Vorschläge sind...  
 Deutschland und...  
 men unterzeichnet